

Martin Imbeck

**Zur Aufspaltung
von Gesamtheiten
oder Verschmelzung
von Teilakten als Mittel
rechtsgeschäftlicher Gestaltung**

**am Beispiel des finanzierten
Abzahlungskaufs, der verdeckten
Sacheinlage, der Gebrauchtwagenagentur
und der Bauherrenmodelle**



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	1
A. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	1
B. Verlauf und Inhalt der Untersuchung	10
ERSTER TEIL Fallgruppen	14
A. Der finanzierte Abzahlungskauf	14
I. Überblick	14
II. Die Voraussetzungen eines finanzierten Abzahlungskaufs nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	17
III. Die Rechtsfolgen der Annahme eines finanzierten Abzahlungskaufs	20
1. Anwendung der gesetzlichen Vorschriften	20
a) Rücktrittsfiktionen	20
b) Widerrufsrecht und Belehrungserfordernisse	21
2. Der Einwendungsdurchgriff	21
a) Der Einwendungsdurchgriff in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	22
b) Kritik am dogmatischen Ausgangspunkt	25
c) Der Einwendungsdurchgriff nach dem Verbraucherkreditgesetz	27
IV. Zusammenfassung	28
B. Die verdeckte Sacheinlage im Aktien- und GmbH-Recht	29
I. Einführung	29
1. Bareinlage und Sacheinlage	29
2. Umgehung der Sacheinlagevorschriften durch Aufspaltung	32
3. Unvollkommener Umgehungsschutz	33
4. Rechtsfolgen verdeckter Sacheinlagen	34
5. Grenzen der Annahme verdeckter Sacheinlagen	34
II. Rechtsprechung	35
1. Die beiden jüngeren BGH-Entscheidungen	35
a) "IBH-Lemmerz": Die mittelbare Forderungseinlage im Aktienrecht	35
b) Das "Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren" als verdeckte Sacheinlage im GmbH-Recht	37
c) Fazit	38
2. Querschnitte durch die Materie	39
a) Positiv-rechtliche Bezugspunkte	39
aa) Verdeckte Sacheinlagen als Scheingeschäfte	39
bb) Leistung der Bareinlage zur freien Verfügung des Organs	39
cc) Aufrechnungsverbote	40
α) GmbH-Recht	41
β) Aktienrecht	42

dd) Sacheinlagevorschriften	42
ee) Fazit	43
b) Voraussetzungen der verdeckten Sacheinlage	43
aa) Subjektive Voraussetzungen	43
bb) Objektive Voraussetzungen	44
α) Der zeitliche Zusammenhang	44
β) Der sachliche Zusammenhang	45
c) Keine verdeckte Sacheinlage bei Vollwertigkeit?	46
d) Rechtsfolgen neben der Nichterfüllung der Einlageschuld	46
III. Literatur	47
1. Die Interpretation der Aufrechnungsverbote	48
2. Der Aspekt der "freien Verfügung"	50
3. Subjektive Voraussetzungen	51
4. Objektive Voraussetzungen	52
a) Zeitlicher Zusammenhang	53
b) Sachlicher Zusammenhang	53
aa) Die "Austauschbarkeit der Vorgänge"	53
bb) Gesellschafterdarlehen als Gegenstand einer verdeckten Sacheinlage	54
cc) Betrags- und Mittelidentität	57
dd) Probleme der Zwischenschaltung Dritter	57
c) Ausnahme bei Beweis der Vollwertigkeit?	58
5. Rechtsfolgen der Annahme einer verdeckten Sacheinlage	59
IV. Europarechtlicher Exkurs	60
V. Zusammenfassung	63
C. Das Agenturgeschäft beim Gebrauchtwagenkauf	64
I. Die Verschmelzung des doppelaktigen Gebrauchtwagenverkaufs	65
II. Die Rekonstruktion der ursprünglichen Rechtslage durch die Zivilrechtsprechung	68
III. Die Reaktion von Finanzrechtsprechung und Finanzverwaltung	71
IV. Die Einschätzung durch die zivilrechtliche Literatur	72
V. Zusammenfassung	74
D. Einzelprobleme bei Bauherrenmodellen	76
I. Vertragsgestaltung und Steuervorteile	76
1. Einkommensteuer	78
2. Umsatzsteuer	82
3. Grunderwerbsteuer	84
II. Zivilrechtliche Folgeprobleme steuerrechtlich motivierter Vertragsgestaltung	85
1. Unmittelbare Vertragsbeziehungen zwischen Bauherren und Werkunternehmern?	86
a) Rechtsprechung	87
b) Literatur	90
c) Zusammenfassung	92
2. Soziales Mietrecht und gewerbliche Zwischenvermietung	93

a) Rechtsprechung	94
b) Literatur	97
c) Zusammenfassung	101
E. Vergleichende Betrachtung	101
ZWEITER TEIL Grundsatzfragen	107
A. Vertragsfreiheit	107
I. Standpunkte	107
1. Formale Freiheitsethik	108
2. Der Vertrag als Gestaltungsmittel der "völkischen Ordnung"	109
3. Privatrecht und Marktordnung - Institutioneller Rechtsmißbrauch	111
4. Die These von der Richtigkeitsgewähr	112
II. Stellungnahme	113
III. Schlußfolgerungen	118
B. Schuldvertragstypen	119
I. Standpunkte zur Bindungswirkung der Schuldvertragstypen	120
1. Vertragstypen als abstrakt-begrifflich gefaßte, rein dispositive Vertragsmuster	121
2. Vertragstypen als rechtliche Strukturtypen	122
3. Abgrenzung zur Aktstypenlehre von <i>Flume</i>	123
4. Extensive Ansätze	124
5. Folgerungen für den Gang der Untersuchung	124
II. Zur Funktion der Vertragstypen	125
1. Zur Bedeutung des zwingenden Rechts	125
2. Zur Bedeutung des dispositiven Rechts	126
3. Ergebnis	131
III. Zur Anknüpfung der Rechtsfolgen von Vertragstypen	131
1. Die Qualifikation eines Vertrags als einem bestimmten Typus zugehörig .	132
a) Auslegung der Parteierklärungen und Hauptleistungspflichten	132
b) Die Relevanz anderer Merkmale	133
aa) Factoring: Kauf- oder Darlehen?	133
bb) Die Abgrenzung von Werk- und Dienstvertrag	135
cc) Die Abgrenzung des Dienstverschaffungs- vom Dienst- bzw. Werkvertrag	139
c) Die normative Komponente	141
aa) Merkmale als Indikatoren einer Interessenlage	141
bb) Der Vorbehalt der Vergleichbarkeit von abstrakter und konkreter Interessenlage	142
cc) Abweichende Qualifikation trotz Erfüllung der Merkmale	144
d) Folgerungen für die Qualifikation von Verträgen und die Bindungs- wirkung der Vertragstypen	147
2. Vertragsmischung, Verschmelzung und Atypik	148

a) Zusammengesetzte Verträge	149
b) Die gemischten Verträge	151
c) Die Verschmelzung der Leistungspflichten	154
d) Das Hinzutreten atypischer Elemente - Atypische Verträge	155
aa) Neuartige Leistungspflichten	155
bb) Neuartige Vertragsgegenstände	158
cc) Fazit hinsichtlich der atypischen Verträge	159
e) Folgerungen für die Bindungswirkung der Vertragstypen	159
IV. Ergebnis	160
C. Schein- und Umgehungsgeschäfte	162
I. Entwicklung und Stand der Diskussion um Schein- und Umgehungsgeschäfte	163
II. Zum Scheingeschäftscharakter von Umgehungsgeschäften	173
III. Zum Erfordernis einer Umgehungsabsicht	176
IV. Ergebnis	178
D. Teilnichtigkeit und der Topos vom "Stehen und Fallen"	179
E. Zivilrechtliche Ordnungsstrukturen und steuerlich motivierte Vertragsgestaltung	182
I. Störungen im Zivilrecht	184
II. Rechtssicherheit kontra Steuergerechtigkeit	187
III. Das Gebot der Wahrung der Einheitlichkeit des wirtschaftsrechtlichen ordre public	189
IV. Ergebnis	192
F. Zusammenfassung	192
DRITTER TEIL Beurteilungskriterien	194
A. Die gemeinsamen Beurteilungskriterien	194
I. Abstrakte Wertungskriterien	195
1. Die Vergleichbarkeit von wirtschaftlichen Erfolgen	195
a) Wirtschaftliche Betrachtungsweise im Steuerrecht	195
b) Wirtschaftliche Betrachtungsweise im Zivilrecht	196
c) Die Bedeutung der Vergleichbarkeit wirtschaftlicher Erfolge	199
2. Äquivalenz der Interessenlagen von Lebenssachverhalt und Tatbestand oder Typus	199
3. Die Beachtlichkeit von Gestaltungszwecken	202
II. Die methodische Umsetzung der Wertung	206
III. Zusammenfassung	210
B. Anwendung der Beurteilungskriterien	211
I. Zum finanzierten Abzahlungskauf	211
1. Voraussetzungen des verbundenen Geschäfts	212
a) Vorverständnis	212
b) Sachverhalts - Tatbestandsäquivalenz	212
c) Zur Relevanz von Gestaltungszwecken	214
d) Fazit	216

2. Einwendungsdurchgriff	216
a) Ein allgemeines Rechtsprinzip?	216
aa) Der Gedanke des Rechtsmißbrauchs	217
bb) Alternativen	218
α) Das Kriterium der Äquivalenz zwischen Typus und Sachverhalt ..	218
β) Die These der Risiko- und Ordnung zum effizienteren Risikoträger ..	222
cc) Fazit	223
b) Zur Dispositivität des Einwendungsdurchgriffs	224
3. Ergebnis	225
II. Zur verdeckten Sacheinlage	225
1. Voraussetzungen der Annahme einer verdeckten Sacheinlage	226
a) Vorverständnis und Normgeltung	226
b) Äquivalenz zwischen Lebenssachverhalt und Tatbestand	227
aa) Objektive Kriterien	228
α) Sachlicher Zusammenhang	229
αα) Betrags- und Mittelidentität	229
ββ) Die Austauschbarkeit der Vorgänge	229
γγ) Sacheinlagegegenstände - insbesondere Gesellschafter-	
forderungen	230
δδ) Die Zwischenschaltung Dritter	235
β) Zeitlicher Zusammenhang	236
αα) Die Reihenfolge beim Hin- und Herzahlen	236
ββ) Begründung der Einlageschuld und Vereinbarung des Erwerbs-	
oder Tilgungsgeschäfts	236
γγ) Leistung auf die Einlageschuld und Leistung auf die	
Gesellschafterforderung	238
bb) Subjektive Kriterien	239
cc) Keine verdeckte Sacheinlage beim Beweis der Vollwertigkeit? ...	240
c) Die Relevanz von Gestaltungszwecken und Ordre-public-Erwägungen ..	240
2. Rechtsfolgen der verdeckten Sacheinlage	242
a) Nichterfüllung der Einlageschuld	243
b) Bestand des mit der Bareinlage verbundenen Geschäfts zwischen	
Gesellschaft und Gesellschafter - Gesamtlage	243
aa) Aktienrecht	244
bb) GmbH-Recht	245
α) Unwirksamkeit des mit der Bareinlage verbundenen Geschäfts? ..	245
β) Unwirksamkeit der Erfüllungsgeschäfte?	246
3. Ergebnis und Anmerkung zur Interpretation der Aufrechnungsverbote ..	248
III. Zum Agenturgeschäft	251
1. Vorverständnis	251
2. Die Äquivalenz zwischen Lebenssachverhalt und Typus	252
3. Die Bedeutung des umsatzsteuerlichen Gestaltungszwecks	253
4. Die Wahl des Mittels	254

IV. Zu den Einzelproblemen bei Bauherrenmodellen	255
1. Sind Bauherren Erwerber oder Werkbesteller?	255
a) Vorverständnis	255
b) Äquivalenz zwischen Sachverhalt und Vertragstypen?	256
c) Die Relevanz von Gestaltungszwecken	258
d) Methodische Alternativen	259
e) Ergebnis	263
2. Kündigungsschutz bei der gewerblichen Zwischenvermietung	264
a) Genießt der Wohnraummietler gegenüber dem Eigentümer Bestandsschutz?	264
aa) Vorverständnis	264
bb) Äquivalenz der Interessenlagen	264
cc) Die Relevanz von Gestaltungszwecken	267
dd) Zwischenergebnis	268
b) Methodische Umsetzung	269
aa) Zu den partiellen Lösungsansätzen	269
bb) Zum Entstehen einer vertraglichen Bindung	271
c) Ergebnis	276
C. Schlußerwägungen	276
ZUSAMMENFASSENDE THESEN	283
Literaturverzeichnis	289
Sachverzeichnis	309